



**via E-Mail und axiomaRR**

An die Adressatinnen und Adressaten  
gemäss Verteiler

13. Februar 2024

**Gesetz über digitale Basisdienste (Neuerlass)  
Einladung zur Vernehmlassung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Kanton Zürich hat sich die Ambition gesetzt, seinen Einwohnerinnen und Einwohnern sowie Unternehmen zu ermöglichen, ihre Rechte und Pflichten einfach, durchgängig und sicher auf dem elektronischen Weg wahrzunehmen (RRB Nr. 1362/2021). Digitale Basisdienste bilden hierbei wichtige Komponenten der digitalen Verwaltung. Ein digitaler Basisdienst besteht losgelöst von einer einzelnen Verwaltungsaufgabe und steht unbestimmt vielen öffentlichen Organen zur Verfügung. Damit wird es den privaten Nutzerinnen und Nutzern sowie den Unternehmen ermöglicht, noch einfacher mit öffentlichen Organen zu kommunizieren und auf ein elektronisches Leistungsangebot zugreifen zu können. Den öffentlichen Organen dienen digitale Basisdienste als gemeinsame Grundlage für das Erbringen von Leistungen. Zugleich tragen digitale Basisdienste zur digitalen Transformation der Verwaltung bei.

Damit das digitale Leistungsangebot der Verwaltung weiter ausgebaut werden kann, sind neue Rechtsgrundlagen erforderlich. Diese sollen mit dem Rechtsetzungsvorhaben «Rechtsgrundlagen digitale Basisdienste (DigiBasis)» geschaffen werden. Das Gesetz über digitale Basisdienste soll die Grundlage für umfassende Nutzungsmöglichkeiten und die Weiterentwicklung von Basisdiensten bilden.

Geregelt werden sollen die elektronische Identifizierung unter Verwendung des Authentifizierungsdienstes des Bundes sowie ein zentraler Webzugang zu elektronisch angebotenen Leistungen der öffentlichen Organe («Zürikonto»). Weiter wird eine Regelung zur Nutzung von cloudbasierten Anwendungen im Rahmen des digitalen Arbeitsplatzes als verwaltungsinterner Basisdienst vorgeschlagen. Im Sinne einer zukunftsorientierten Gesetzgebung wurden Bestimmungen zur Interoperabilität und zur Entwicklung von digitalen Basisdiensten im Vorentwurf aufgenommen. Mit der Schaffung von Rechtsgrundlagen zu diesen Aspekten soll das Zusammenwirken verschiedener Akteurinnen und Akteure sowohl inner- wie auch ausserhalb der Zentralverwaltung unterstützt und technologische Möglichkeiten für digitale Basisdienste genutzt werden können.

Der Regierungsrat hat die Staatskanzlei am 7. Februar 2024 ermächtigt, das Vernehmlassungsverfahren durchzuführen ([RRB Nr. 147/2024](#)).

Wir laden Sie ein, **bis zum 13. Mai 2024** über die **Web-Anwendung «eVernehmlassungenZH» direkt Stellung zu nehmen** unter:

<https://evernehmlassungen.zh.ch/de/gesetz-uber-digitale-basisdienste>

Alternativ lassen Sie uns Ihre Stellungnahme per E-Mail ([florian.bergamin@sk.zh.ch](mailto:florian.bergamin@sk.zh.ch)) bzw. per axiomaRR (Direktionen des Regierungsrates) oder per Post (Kanton Zürich, Staatskanzlei, Digitale Verwaltung, Florian Bergamin, Neumühlequai 10, 8090 Zürich) zukommen.

Die Vernehmlassungsunterlagen finden Sie auch auf <https://www.zh.ch/de/politik-staat/gesetze-beschluesse/vernehmlassungen.html> (Suchbegriff «Gesetz über digitale Basisdienste»).

Bei Fragen steht Ihnen gerne Florian Bergamin (+41 43 258 84 02 / [florian.bergamin@sk.zh.ch](mailto:florian.bergamin@sk.zh.ch)) zur Verfügung.

Für Ihre Bemühungen und Ihr Interesse danken wir Ihnen bestens.

Freundliche Grüsse

Dr. iur. Kathrin Arioli

## **Verteiler**

### **A. Gemeinden und ihre Organisationen**

- Politische Gemeinden des Kantons Zürich
- Verband der Gemeindepräsidien des Kantons Zürich
- Verein Zürcher Gemeinbeschreiber und Verwaltungsfachleute
- Verband Zürcher Schulpräsidien
- Vereinigung Personal Zürcherischer Schulverwaltungen

### **B. Gerichte**

- Verwaltungskommission der obersten kantonalen Gerichte

### **C. Kantonsrat und politische Parteien**

- Geschäftsleitung des Kantonsrates
- Parlamentsdienste
- Alternative Liste (AL)
- Christlich-Soziale Partei (CSP)
- Die Mitte
- Eidgenössisch-Demokratische Union (EDU)
- Evangelische Volkspartei (EVP)
- Freisinnig-Demokratische Partei (FDP)
- Grüne Partei (Grüne)
- Grünliberale Partei (GLP)
- Schweizerische Volkspartei (SVP)
- Sozialdemokratische Partei (SP)

### **D. Selbstständige Anstalten, Körperschaften, öffentliche Stiftung**

- BVG- und Stiftungsaufsicht des Kantons Zürich
- Elektrizitätswerke des Kantons Zürich
- Gebäudeversicherung Kanton Zürich
- Sozialversicherungsanstalt Zürich SVA
- Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland
- Kantonsspital Winterthur
- Psychiatrische Universitätsklinik Zürich
- Universitätsspital Zürich
- Pädagogische Hochschule Zürich
- Universität Zürich
- Zentralbibliothek Zürich
- Zentrum für Gehör und Sprache
- Zürcher Hochschule der Künste
- Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften
- Christkatholische Kirchgemeinde Zürich
- Evangelisch-reformierte Landeskirche des Kantons Zürich
- Katholische Kirche im Kanton Zürich



### **E. Verbände**

- Behindertenkonferenz Kanton Zürich
- Demokratische Juristinnen und Juristen Zürich
- KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich KGV
- Pro Juventute
- Pro Senectute
- Swico
- swissICT (Verband ICT-Werkplatz Schweiz)
- Treuhand Suisse (Sektion Zürich)
- Zürcher Anwaltsverband
- Zürcher Handelskammer

### **F. Verwaltungsunabhängige kantonale Stellen**

- Datenschutzbeauftragte des Kantons Zürich
- Ombudsmann des Kantons Zürich

### **G. Verwaltung**

- Direktionen des Regierungsrates
- Staatskanzlei